

- TOP 6: Der geplante Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union:
Information und Beteiligung des Bundesrates sicherstellen und mögliche positive Auswirkungen auf den Finanzstandort Rhein-Main begleiten**
- Ministerium der Finanzen sowie Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau -

Beschluss:

1. Der Ministerrat bittet das Ministerium der Finanzen und das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau, geeignete Schritte in die Wege zu leiten, damit der Bundesrat mit Beginn der Verhandlungen zu einem Austrittsabkommen und weiterer Abkommen zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU-Kommission – als Folge einer Austrittsmitteilung des Vereinigten Königreichs – von der Bundesregierung zeitnah entsprechend ihrer Erkenntnisse über deren Stand fortlaufend informiert und beteiligt wird.
2. Der Ministerrat bittet das Ministerium der Finanzen und das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau sowohl mit der Hessischen Landesregierung als auch mit Akteuren am Finanzplatz Frankfurt Kontakt aufnehmen, um die Folgen eines Ausscheidens des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union auf die Rhein-Main-Region als Finanzzentrum zu erörtern.
3. Der voraussichtliche Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU bietet auch Chancen für den Wirtschaftsstandort Rhein-Main und hierbei insbesondere für den Finanzmarkt und Unternehmen, die entsprechende Dienstleistungen erbringen. Der Ministerrat bittet das Ministerium der Finanzen und das Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Möglichkeiten zu prüfen, um gemeinsam mit den Gesprächspartnern der Region Rhein-Main vorhandene wirtschaftspolitische Potentiale für den Standort Rheinland-Pfalz zu nutzen.

Erläuterungen:

Die Bevölkerung des Vereinigten Königreichs stimmte in einem Referendum am 23. Juni 2016 mit einer Mehrheit von 51,9 % für einen Austritt aus der Europäischen Union. Die daraus resultierenden Folgen für die EU, aber auch für jedes einzelne Mitgliedsland, sind noch nicht zu überblicken. Fest steht allerdings, dass sich für den Finanzstandort London Veränderungen ergeben werden, ebenso wird die deutsche Wirtschaft von einem Rückgang des Außenhandels mit dem Vereinigten Königreich (VK) betroffen sein. Aus diesen Entwicklungen erwachsen sowohl Chancen als auch Risiken: Chancen für den Finanzplatz Frankfurt und die Rhein-Main-Region, weil die sogenannten „Finanzpassrechte“ wegfallen könnten und Banken einen zusätzlichen Standort außerhalb des Vereinigten Königreichs benötigen, um in der EU Finanzgeschäfte tätigen zu können. Aber auch Risiken für den Bund und die Länderhaushalte durch erhöhte Beitragszahlungen an die EU, geringere Zahlungen aus der EU und weniger Steuereinnahmen in Folge geringerer Wachstumszahlen in Deutschland und Europa.

Daher ist es wichtig, dass die Bundesländer so frühzeitig wie möglich in den Verhandlungsprozess durch regelmäßige Informationen und Beteiligung eingebunden werden. Ebenso ist es wichtig, dass sich die Bundesländer Rheinland-Pfalz und Hessen über eine Wachstumsstrategie für den Finanzplatz Frankfurt austauschen, um mögliche positive Auswirkungen auch auf den Standort Rheinland-Pfalz zu begleiten.